

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, am Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Preis beträgt bei jeder Lieferung ins Haus für Groß-Berlin 2.00 M. im voraus zahlbar. Alle Bestellungen nehmen sämtliche Postämter entgegen. ...

Interessenten für die adreßf. Nonpareillegelle oder deren Name 2.20 M. zahlb. 30%, ...

STREIF

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Süddeutsche Nebenregierung.

Die Stuttgarter Sonderkonferenz.

Der Vertreter der süddeutschen Regierungen haben dieser Tage unter dem Vorsitz des württembergischen Staatspräsidenten Blos in Stuttgart eine Sonderkonferenz abgehalten. Was auf dieser Zusammenkunft im einzelnen besprochen und beraten wurde, ist der Öffentlichkeit unbekannt. Wir sind auf das amtliche Communiqué angewiesen, das die Konferenzteilnehmer herauszugeben für gut befunden haben, und danach hat man in erster Linie gegen die französische Note Stellung genommen, die die Auflösung der Einwohnerwehren verlangt.

Man hat sich also in Stuttgart durchaus den stürmischen Protesten angeschlossen, die besonders in Bayern erhoben worden, wo die bürgerlichen Parteien und die ihnen verwandten Organisationen aufmarschieren, um den sofortigen Waffensitz der Einwohnerwehr zu schließen. Die bayerischen Demokraten u. V. fordern, daß die Berliner Regierung dem französischen Ansinnen ein „entschiedenes, unumkehrbares Nein“ entgegensetze. Der bayerische Bürgerblock verlangt die Zurückziehung des französischen Gesandten, auch wenn noch so schwere Drohungen seitens der Entente erfolgen sollten.

Natürlich wird auch in Süddeutschland diese bewaffnete Bürgerorganisation als eine durchaus unpolitische Einrichtung hingestellt, und die „Münchener Neuesten Nachrichten“ erklären die besonders große Erregung im Süden damit, daß sich hier die Einwohnerwehren noch weit einkreiseln als sie und so im Norden als eine durchaus unvollständige (und erst recht unmilitaristische) Einrichtung zum Schutz von Ruhe, Ordnung und Eigentum bewährt hätten.

Es ist es nun schon in hohem Maße bedauerlich, daß sich die süddeutschen Regierungen dazu ergeben, ein von den Arbeitern als gegenrevolutionär erkanntes Institut zu verteidigen, so ist ihr Vorhaben, unter allgemein politischen Gesichtspunkten betrachtet, einfach unerhörte. Es ist Sache der Reichsregierung, zu der Forderung Frankreichs, die nach Lage der Dinge ein Kundreich einmündig nicht gestattet, Stellung zu nehmen. Die süddeutschen Regierungen haben die Möglichkeit, durch ihre Vertreter im Reichsrat ihre Meinung zum Ausdruck zu bringen und unter Umständen die Entschlüsse der Zentrale zu beeinflussen.

Freilich enthält der amtliche Bericht über die Stuttgarter Konferenz in keinem zweiten Teil eine Art von Bekenntnis: „Die Regierungen erklären, daß sie allen Maßnahmen der Reichsregierung zur Wahrung der Reichsinteressen zustimmen und jeden Versuch, Süddeutschland vom Reich zu trennen, mit aller Entschiedenheit zurückweisen.“ Aber diese Versicherung verrät nur das schlechte Gewissen. Es wird ein Lippenbekenntnis abgelegt, um den tatsächlichen Verstoß gegen den Grundgedanken der Reichseinheit zu verhehlen. Auswachen, daß die

Wahltag der englischen Arbeiterpartei.

London, 11. April. Bei der Eröffnung in Darford wurde der Arbeiterkandidat Mills mit 13610 Stimmen gewählt. Die vier Gegenkandidaten erzielten noch nicht einmal zusammen diese Stimmenzahl. Bei den Generalwahlen wurde in Darford der Koalitionsliberale mit einer Mehrheit von 9000 Stimmen gewählt.

Die angeblichen Hilferufe.

Die englische Besatzungsbehörde hat erklärt, daß die Reichswehr gegenwärtig alle Hilfe, sei es in Form von Transporten von Flüchtlingen in das Gebiet vorhanden. Gegen den Einzelbericht von Flüchtlingen haben sie aber auch jetzt nichts einzuwenden, wie sie auch größere Transporte wieder gestattet werde, sobald die Reichswehr ihren Vormarsch fortsetzen werde.

Die sogenannte Flüchtlinge sind zum erheblichen Teil nach Osten zurückgekehrt; der Rest ist in Cottbus bzw. im Lager Hela-Dehlbrück untergebracht, genießt aber bei guter Verpflegung und Behandlung volle Bewegungsfreiheit.

Zurückziehung der Truppen aus dem Ruhrgebiet?

Berlin, 11. April. Ein Berliner Blatt bringt heute morgen die Meldung von einer seitens der Regierung beabsichtigten Entlassung bayeri-

scher Truppen in Dortmund. Die Truppen sollen angeblich ein Unternehmen gegen Ebersfeld-Barmen geplant haben.

Die Meldung ist in allen ihren Teilen falsch. Wie die für die in Frage kommende Formation zuständige militärische Stelle erklärt, war selbstverständlich irgend ein Vorgehen gegen Ebersfeld-Barmen nicht geplant. Ebenfalls ist seitens der Regierung die Absicht, die in Dortmund befindlichen Truppen zu entlassen. Die Zurückziehung der im Ruhrgebiet nicht mehr benötigten Truppenteile ist eingeleitet.

Die Kommunisten gegen Hölz.

In der Vollversammlung des Chemnitzer Arbeiterrates vom Donnerstag erklärte der Kommunist Brandier, daß eine Delegiertenkonferenz der K. P. D. Hölz aus der Partei ausgeschlossen habe, weil er sich gegen die Beschlüsse nicht fügte. Hölz treibe Blaupolitik, aber den ihm drohe nicht der kühnste Teil von Gefahr, die der Einmarsch der Truppen bringe. Hölz habe aber deshalb eine Gefahr für die Arbeiterklasse, weil die sächsische Regierung die Lage im Vogtlande benutzen werde, um die Arbeiterklasse blutig niederschlagen zu lassen.

Hölz hat am Sonntag in Weimarer Massenversammlungen erklärt, daß er den Generalstreik der gesamten Arbeiterklasse proklamiert habe. Er fordere die Arbeiterklasse auf, sich ruhig zu verhalten und nicht gegen die Reichswehrtruppen zu unternehmen. Er wolle sein Geschick selbst in die Hand nehmen.

Hallenstein im Vogtland, 11. April. M. T. M. meldet: Auf die Kunde von dem Einmarsch von Reichswehrtruppen trafen in der Nacht zu Sonntag die von Hölz gebildeten Brandkommandos in Tätigkeit und besetzten fünf Wägen in Brand. Im Hofe des Amtsgerichts ließ Hölz die den Einwohnern abgenommenen Waffen verbrennen. Um 4 Uhr früh verließen Hölz und seine Anhänger, nachdem sie die Gefangenen freigelassen hatten, in zehn Automobilen die Stadt und fuhren nach der sächsisch-böhmischen Grenze davon. Da die telegraphischen und telephonischen Verbindungen unterbrochen sind, fehlt seitdem jede Nachricht von Hölz. Doch nimmt man an, daß er sich in Klingenthal aufhält.

in Stuttgart Versammelten die Loslösung Süddeutschlands nicht wollen. Wenn sie selbst zum Abfall bereit wären, so müßten sie ja nicht, wozu sie fallen sollten. In dessen, sie streben darauf hin, sich innerhalb der Republik eine Stellung zu verschaffen, die über das Maß des ihnen verfassungsmäßig Gewährten hinausgeht. Sie wollen ihren partikularen Wünschen größeren Nachdruck verleihen und sich, wenn sie im Reich bleiben, von Berlin nach Möglichkeit frei machen.

An sich ist die Forderung natürlich durchaus berechtigt, daß innerhalb der Republik auf die besonders gearteten Verhältnisse ihrer einzelnen Teile gebührend Rücksicht genommen wird. Aber es ist doch merkwürdig, daß Süddeutschland sich die weitgehende Zentralisierung unter der Monarchie, wenn auch unter einigen Protekt, hat gefallen lassen. Selbst die bayerischen Reservatrechte waren im Grunde doch nur Scheinrechte. Das Reich war ein verlängertes Brecken, und die preussische Wiederkauze war das Symbol seiner Einigkeit. Jetzt plötzlich besinnt man sich auf seine Sonderinteressen und wagt sogar, sie außerhalb des verfassungsmäßigen Weges zu vertreten. Es ist also offenkundig, daß nicht das bayerische, heilige, heilige oder württembergische Stammesbewußtsein, sondern daß die Abneigung gegen die von der Republik getriebene Politik die Haltung der süddeutschen Staaten diktiert. In den Jahren vor der Gründung des Reiches hat Bismarck einmal das Wort gesprochen: „Wir sind dem Süden zu liberal.“ Das war damals eine sehr gewagte Behauptung, mit der der preussische Ministerpräsident im Grunde nur für seinen junkerlichen Konservativismus Stimmung machen wollte. Aber heute steht die Berliner Zentrale in der Tat den süddeutschen Bürgern und Bauern zu weit links. Der Einfluß der Arbeiterklasse ist ihnen zu stark, und die Angst vor den Loslösungsbestrebungen der Länder südlich des Rheins soll ihn brechen. Was die wesentlichste Absicht der Stuttgarter Konferenz war, geht aus dem Schlußsatz ihres der Öffentlichkeit übergebenen Berichtes hervor: „Bzüglich der allgemeinen wirtschaftlichen und politischen Lage vernehmen die vertretenen

Regierungen, daß streng der Reichsverfassung gemäß verfahren wird; jede Zentralisation, die über ein vernünftiges Maß hinausgeht, ist eine Gefahr, vor der die vertretenen Regierungen nur entschieden warnen können.“

Woraus die Warnung zur strengen Innehaltung der Reichsverfassung hinausläuft, liegt auf der Hand. Sie richtet sich gegen die Position, die die Arbeiterorganisationen durch die siegreiche Durchführung des Generalstreiks gegenüber der Regierung erhalten haben. Aber wie widersinnig ist das Verlangen nach strenger Beobachtung der Verfassung in dem Munde von Leuten, die ihrerseits auf dem besten Wege sind, eine partikuläre Nebenregierung zu errichten! Und einen wie ermüthlichen Eindruck muß es hervorrufen, daß sie ausgesprochen wird, nachdem schon in Bayern ein Ministerium geschaffen worden ist, das seine Existenz nur der tätigen Mitwirkung und der Gnade der militärischen Gewalten verdankt! Die Sorge um die Verfassung und die freie Entscheidungsfähigkeit der Regierungen reicht in Süddeutschland nur bis zu dem Entschluß, die Arbeiterforderungen abzuwehren. Davon, daß es das deutsche Proletariat war, das durch seine Kraftentfaltung die Verfassung vor den Reaktionen gerettet hat, ist nicht die Rede; man setzt sich für die Erhaltung der Einwohnerwehren ein, um das Proletariat im Ruine halten zu können. Daß die Einwirkung der Arbeiter auf die Regierung den Zweck hat, Sicherheiten für die wenn nicht der Form, so doch dem Weien nach demokratische Entwicklung Deutschlands zu schaffen, wird unberücksichtigt gelassen; die Kontrolle der Arbeiter soll durch die süddeutsche Nebenregierung, auf die auch die preussischen Reaktionen die größte Hoffnung setzen, unmöglich gemacht werden.

Das Tollste aber ist, daß sich an diesem Spiel nicht etwa nur die rechtsstehenden Kreise dort annehmen, sondern daß die bürgerlichen Demokraten und sogar die Sozialdemokraten Lustig mitmachen. Daß die Stuttgarter Konferenz ihre Beschlüsse unter dem Vorsitz des Sozialdemokraten Blos fassen konnte, dessen Mangel an sozialistischem Bewußtsein höchstens durch seine Eitelkeit übertrieben wird, ist im höchsten Maße beachnend.

Volle Erfüllung des Bielefelder Abkommens!

Der Vormarsch der Reichswehr im Ruhrgebiet ist seit einigen Tagen zum Stillstand gekommen. Die Truppen stehen nördlich der Ruhr und haben bisher, abgesehen von einigen gelegentlichen Streifen kleinerer Abteilungen in das südlich davon gelegene Gebiet zur widerrechtlichen Besitzergreifung der den Gemeinden abgelieferten Waffen, nicht versucht, ihre Absicht auf Besetzung auch des bergischen Landes durchzuführen.

Diese Tatsache ist von erheblicher Bedeutung. Sie zeigt, daß die Besetzung Frankfurts und der übrigen süddeutschen Städte durch die Franzosen, sowie das Verlangen der Entente nach Rückzug der Reichswehr aus der neutralen Zone nicht ohne Wirkung auf das Verhalten der Militärs geblieben ist, und daß die ruhige, besonnene Haltung der Arbeiterschaft des bergischen Landes es vermieden hat, den Vorwand zum Einmarsch zu geben. Dadurch ist es der Arbeiterschaft möglich geworden, zu beweisen, daß sie allein weit besser in der Lage ist, für Ruhe und Ordnung zu sorgen als die Reichswehr, wenn man ihr nur die dafür nötige Zeit gewährt. Diese Wirkung ist den Militärs ebenfalls unangenehm, wie ihnen die Errichtung der Ortswachen verhasst ist. Entfällt doch durch beides sowohl der Nachweis der Notwendigkeit ihrer Existenz wie der Vorwand zu dem von ihnen sehr wohl erwarteten weiteren Vormarsch auch in die bisher nicht besetzten Gebiete und droht ihnen doch durch die Ortswachen dauernde Gefahr für ihr konterrevolutionäres Werk.

Die Militärs wissen auch, daß die Arbeiterschaft des bergischen Landes, insbesondere die der Städte Oberfeld, Warten, Hagen und Remscheid, ihr gefährlichster Feind ist. Sie war es, die den konterrevolutionären Marsch nach Düsseldorf, Witten und Schalk die vernichtendsten Schläge beibrachte und dadurch den Anstoß zu der bewaffneten Erhebung des ganzen rheinisch-westfälischen Proletariats gab. Sie ist es aber auch, von der den Militärs die größte Gefahr droht, denn sie ist eine ebenso disziplinierte wie revolutionär gesinnte Kerntruppe.

In voller Erkenntnis der großen auf ihr ruhenden Verantwortung für die Zukunft der revolutionären Bewegung in Rheinland-Westfalen hat deshalb die Arbeiterschaft von Oberfeld und Warten den durch den rassistischen Vormarsch der Reichswehr und den drohenden weißen Schrecken nach Tausenden zählenden Flüchtlingen in geordnete Bahnen gelenkt. Die Stadtverwaltung dieser Städte ist dem verständnisvoll entgegengekommen, indem sie sowohl die Entlohnung wie auch die Regelung der Verpflegung und der Unterkunft der Flüchtlinge ganz ihr überließ. Trotzdem war diese Aufgabe sehr schwierig und sehr oft gab es Situationen, in denen nur durch das geschickteste Verhandeln blutige Zusammenstöße mit den bewaffneten Präkursorien zu vermeiden waren. Aber es ist gelungen. Reibnisse sind die Flüchtlinge entworfen worden, ohne daß es zu irgendwelchen nennenswerten ernsthaften Zwischenfällen gekommen wäre. Unter Anerkennung dieser Tatsache haben denn auch dauernd die Stadtverwaltungen dieser Städte dringend vor dem Einmarsch der Reichswehr gewarnt, da dann mit Sicherheit Störungen der Ruhe eintreten würden.

Diese Vorgänge verdienen weit über den örtlichen Rahmen hinausreichende Beachtung. Zeigen sie doch, daß in schwierigen Situationen der Weg des Verhandels und der Verständigung stets größere Aussicht auf friedliche Beilegung von Differenzen hat als der des Vorgehens mit bewaffneter Macht, und daß auch im engeren Industriebereich die Arbeiterschaft imstande gewesen wäre von sich aus Ordnung und Schutz vor den Blüternern zu schaffen, wenn man diesen Weg hätte wählen wollen.

Auch jetzt sind natürlich noch Kräfte am Werk, die eine solche Handlungsmöglichkeit zu verhindern suchen und die sich immer noch in der Hoffnung wiegen, daß sie auch gegen die Arbeiterschaft des bergischen Landes werden vorgehen können. Als eine solche Absicht darf insbesondere die Besetzung der Stadt Witten und das weitere Vordringen von Truppen in die Gegend südlich davon angesehen werden. Hier liegt ganz offensichtlich der Plan vor, das bergische Land einzukreisen, um dann die Arbeiterschaft mit leichter Mühe niederschlagen zu können.

Es wäre ein grenzenloses Verbrechen, wenn dieser Plan zur Ausführung gebracht werden könnte, denn er würde ein bisher durchaus ruhiges Gebiet in den Bürgerkrieg hineintreiben und unabsehbare Gefahren auf neue heraufbeschwören. Doch den Militärs aber gerade diese Absichten nicht fern liegen, geht aus ihrem ganzen Verhalten hervor. Sie sind es, die sich der Abschaffung des Ständerechts, der angeordneten Auflösung der Reichswehrwilligenformationen, der Bildung der Ortswachen widersetzen, weil dadurch ihre Macht eingeschränkt und ihrer Willkür Deminutione bereitet werden.

Die Aufgaben der Regierung demgegenüber sind klar. Sie muß alles tun, um den Bielefelder Vereinbarungen, für deren Erfüllung sich alle Arbeiterorganisationen eingesetzt haben, die Anerkennung zu verschaffen. Bisher ist das durchaus nicht in ausreichendem Maße geschehen. Die Verbände für die Reichswehrwilligenformationen geben, unterstützt von der Großindustrie, immer noch weiter, die Ständerechte über ihr fürchterliches Sandwerk umgehindert aus und hunderte und aberhunderte Arbeiter, die den Kapp-Putsch niedergeschlagen haben, leiden unter den Verfolgungen des rochbedürftigen Militärs und der sie umhüllenden Bourgeoisie, da die ausgebotene Amnestie nur auf dem Papier steht. Volle Erfüllung des Bielefelder Abkommens aber muß unter allen Umständen auch gegenüber den widerstrebenden Offizieren durchgeführt werden.

Hochverräter gegen Arbeiter.

Die Regierung hat wiederholt versichert, daß sie nach dem Ruhrgebiet nur „höchst zuverlässige Truppen“ geschickt habe. Daß dies eine Unwahrheit ist, haben wir durch eine ganze Reihe von Beispielen schon wiederholt nachweisen können. Für diesmal noch das folgende:

In Oberfeld lag bis vor kurzem das Freikorps Hauptz, das wie alle Freikorps auf streng monarchistischem Boden stand und wegen seiner reaktionären Treibereien wiederholt von sich reden machte. U. a. hat das Korps furchtbar in Münden gehaust. Als der Kapp-Putsch kam, trat das Korps bestimmungsgemäß auf die Seite der neuen Regierung und ging mit bravourvoller Gewalt gegen die Arbeiterschaft vor. Die Provokationen hatten zur Folge, daß das Staatsparlament von Witten beim Reichs-

wehrlinister den Antrag stellte, den Führer des Freikorps, Oberstleutnant Hauptz, abzulassen und ihn wegen Hochverrats unter Anklage zu stellen. Was geschah? Das Freikorps Hauptz wurde nach dem Ruhrgebiet in Marsch gesetzt und kämpft jetzt dort gegen die Arbeiter. Das Korps liegt zur Zeit in Wessel, die Regimentsmusik wurde in den letzten Tagen nachgeholt. Sie soll anscheinend die monarchistischen Offiziere bei ihren Schlägereien in die notwendige Stimmung versetzen.

Wattier im Bunde mit den Kappisten.

Wir haben bisher durch eine Reihe von Tatsachen nachgewiesen, daß General Wattier für die Ereignisse im Ruhrgebiet die alleinige Schuld trägt. Er hat es bei Ausbruch des Kapp-Putches abgelehnt, eine unwillkürliche Erklärung für die alte Regierung abgegeben. Wohl aber hat er in die völlig ruhigen Gebiete des bergischen Landes Truppen in Marsch gesetzt, von denen er wußte, daß sie auf monarchistischem Boden standen. Dabei hat er sich nicht einmal an die Warnung des Reichskommissars Severing gefehert, der am 16. März in der Presse die Erklärung abgab, daß er für die Maßnahmen und Handlungen der im Industriegebiet befindlichen Freikorps nicht verantwortlich sei, da sich diese für die Kapp-Regierung erklärt hätten. Durch diese Handlung hat Wattier deutlich bewiesen, daß er mit den Kappisten im Bunde stand. Darüber hinaus sind aber unsere Kenntnisse in Remscheid Aktien in die Hände gefallen, die das von der Arbeiterschaft geschlossene Freikorps Witten zurücklassen mußte, als es Hals über Kopf die Stadt verließ. Wir wollen für heute aus diesen Aktien nur einen Brief wiedergeben, den der Kommandeur Freiberger von Witten am 11. März von Remscheid aus an den General Wattier richtete. Der Brief lautet:

Remscheid, 11. März 1920.

Sehr geehrte Eggellens!

Die Aktion muß und wird bis spätestens zum 15. d. Mtd. vor sich gehen. Das Freikorps Witten ist dazu unbedingt in Berlin erforderlich. Sein Abtransport aus dem Rheinlande muß von Ihnen sofort befohlen werden und zwar ohne Rücksicht auf dortige Verhältnisse und ohne vorherige Instruktionen mit R. W. Nr. 21 und R. W. Ministerium, da sonst zu viel Zeit verloren wird und Genehmigung durch obige Stellen fraglich ist.

gez.: Freiberger v. Witten,
Führer und Kommandeur.

Es bedarf nach diesem Brief keines Beweises mehr, daß General Wattier über die Verschönerung der Kappisten genau unterrichtet war. Das Freikorps Witten konnte nur deshalb nicht mehr nach Berlin verladen werden und an der „Aktion“ teilnehmen, weil sich die Ereignisse überstürzten und der Putsch früher ausbrach, als gedacht war. Das wochenlange Warten beweist, daß General Wattier von dem Unternehmen Kenntnis hatte, daß er, wie es in einem von uns bereits wiedergegebenen Brief aus Münster an dem Freiberger v. Witten heißt, „durchaus zuverlässig und ganz im Bilde“ war. (Siehe Abendausgabe der „Freiheit“ vom 31. März.)

Wie lange will die Regierung diesen durchaus unzulässigen und äußerst schwer kompromittierten Mann noch auf seinem Posten in Münster belassen? Er ist ein Unglück für das Ruhrgebiet; er hat die Katastrophe, die über Deutschland heraufbeschworen wurde, ebensowohl mitverschuldet, wie die Altväter, Trotha, Erhardt und Kapp.

Die Sehnsucht nach der Monarchie.

Die Deutschnationalen betreiben mit Hochdruck ihren Wahlkampf, um die durch den Kapp-Putsch aufgelöste Wählerschaft zu beruhigen und wieder zu sammeln. Im Wählerkreise sprach gestern Graf Westarp. Er erregte sich in heftigen Angriffen auf die Regierung und schimpfte weidlich über die Diktatur der Gewerkschaftsvorstände. Das Abkommen vom 20. März lege Hand an die Weimarer Verfassung. Die Reichsregierung habe ihre Unfähigkeit auch dadurch bewiesen, daß sie über die Vorgänge im Ruhrgebiet eine Fokklur der Verurteilung betrieben habe und in die Welt hinausposaunte, der Zustand sei ohne Bedeutung. Hierdurch sei den Franzosen der Vorwand gegeben worden, den Einmarsch in die neutrale Zone als willkürlich zu bezeichnen und in Frankfurt, Darmstadt usw. einzurücken. Indem die Regierung das selte Zupassen im rheinisch-westfälischen Industriegebiet aufgeschoben habe, habe sie dem deutschen Volk den ungeheuerlichsten Schaden bereitet. Die gewerkschaftliche Nebenregierung habe sodann eingegriffen und die Aktion gegen die Wählerkreise in unverantwortlicher Weise gestört. In den bürgerlichen Parteien, auch in denen, die zur Mehrheit gehören, habe sich ein Entrüstungssturm hierüber erhoben. Von Seiten der Demokraten sei es unerträglich, sich Herüber zu ertrännen, denn sie haben selbst das Abkommen vom 20. März geschlossen, das diese Nebenregierung der Gewerkschaften anerkennt.

Wir kennen und begreifen den Schmerz des Herrn Grafen und seiner deutschnationalen Anhänger, daß durch den Einspruch der Gewerkschaften den Militärs im Ruhrgebiet nicht freie Hand gelassen wurde. Aber der Herr Graf wird sich mit Schuld und Verantwortung wappnen müssen, denn das Maß seiner bitteren Entsetzungen ist noch nicht voll. Die deutsche Arbeiterschaft wird nicht ruhen, bis das reaktionäre, monarchistische Offizierskorps beseitigt ist, denn damit fällt die Wurzel des Militarismus überhaupt.

Graf Westarp erwartete zwar noch keine völlige Wenderung der Machtverhältnisse durch die Wahlen, aber eine erhebliche Stärkung des nationalen Einflusses. Er schloß seine Rede unter höchstselbstem Beifall mit den Worten: „Unser letztes Ziel ist, daß wir zurückkommen zu dem herrlichen, monarchistischen Staat.“ Damit wird immerhin gute Weisheit haben. Einstweilen steht sich außer Graf Westarp und seinen deutschnationalen Hintermännern niemand nach dem herrlichen, monarchistischen Staat. Die deutsche Arbeiterschaft wird auf dem Posten sein und all denen, die an einer Wiederkehr der alten Verhältnisse arbeiten, das Konzept gründlich verderben.

Ein anderer deutschnationaler Held, Herr Gustav Roethe, Professor an der Berliner Universität, kam auf einer Wilmarsfeier zu folgendem klärenden Ausspruch: „Wismar wußte, woraus der eigentliche Kern des Volkes besteht: aus Portepes und Universitäts.“ Weiter sagte er: „Wie schlug unser Herz höher, als wir vor wenigen Tagen für ein paar Stunden die schwarz-weiß-rotten Fahnen wahren sahen. Es waren Wismars Fahnen! Nicht eher als bis wieder das ganze Volk zusammensteht in Gethürm und Bismarckens, wird auch

für das deutsche Volk wieder ein Sonntag kommen, an dem es wieder „Jubilate“ singen darf.“
„Portepes und Universitäts“ sind heute die Träger der schwarzen Reaktion in Deutschland.

Was jetzt geschehen muß.

Dem Herausgeber der „Tribüne“, Herrn Karl Schneidt, wurde am Sonnabend folgendes Schreiben übermittelt:

Der Vollzeipräsident Berlin E 25, den 10. 4. 20.
Abteilung 1 A Alexanderstr. 3-6.
Tages-Nr. 338 I. A. h. 20
Herrn Karl Schneidt

Hier E 25 68.

Nach einer Anzeige in der „Freiheit“ vom 10. d. M. beachtliche Sie, morgen Sonntag, 11. d. M., vorm. 10 Uhr, in den Pflanzungen, hier Müllerstr. 142 über das Thema: „Was jetzt geschehen muß“ einen öffentlichen Vortrag zu halten. Dieser Vortrag sowie die von Ihnen dazu einberufene Versammlung wird hiermit verboten, weil die Versammlung mit diesem Vortrag bei Ihrer nach allen bisherigen Erfahrungen planmäßig beabsichtigten Reizung zur Verhöhnung von Volksteilen besonders in der gegenwärtigen Zeit geeignet ist, die öffentliche Ordnung und Sicherheit zu gefährden.

Zu Vertretung Wahn.

Wir müssen annehmen, daß dieses Schriftstück ohne Wissen des Herrn Präsidenten Richter verfaßt worden ist. Der Inhalt des Schreibens erinnert an die üblichsten Gemohnheiten militärischer Willkür. Selbst unter dem Ausnahmezustand sind, wie ausdrücklich mitgeteilt worden ist, Versammlungen in geschlossenen Räumen nicht anmeldepflichtig; deshalb ist das Verbot dieser Versammlung ein durch nichts gerechtfertigter Uebergriff, der die Mundstummung eines unbequemeren Politikers zum Ziele hat.

Die Frage: Was jetzt geschehen muß, die in dieser Versammlung erörtert werden sollte, muß dahin beantwortet werden, daß der Skandal des Ausnahmezustandes sofort beseitigt, daß darüber hinaus aber auch das Vollzeipräsidentium von allen Beamten gereinigt werden muß, die jetzt noch den Mut besitzen, Schriftstücke solchen Inhalts zu veröffentlichen.

Kein weiteres Vordringen der Franzosen.

Die Franzosen sind nicht weiter vorgezogen. Die Besetzung erstreckt sich nach Osten bis an die böhmische Grenze, nach Norden bis an die Grenze des Gomburger Kreises, nach Süden bis einschließlich Darmstadt. In den letzten beiden Tagen wurden 23 bzw. 22 Personen polizeilich festgesetzt. Ueber sie wurden Geldstrafen von 12 bis 100 Mark aus ganz willkürlichen Gründen, wegen Ueberschreitung der Polizeigrenze oder der Nachforschungen verhängt.

Berlin, 11. April.

Konflikte. Die deutsche Regierung hat die französische darauf aufmerksam gemacht, daß sich nach vorliegenden Nachrichten französische Truppen im Norden in der Richtung auf Schlesien befinden. Für den Fall, daß sich diese Truppen bewähren, habe sich die deutsche Regierung verpflichtet, mit allem Ernst auf die Befreiung des besetzten Gebietes der vorrückenden französischen Truppen mit deutschen Truppen hinzuwirken. Auf Grund dieser Note hat die französische Regierung am 10. April dem deutschen Botschaftsträger in Paris davon verständigt, daß Frankreich nicht daran denke, Schaffenburg zu besetzen. Nach Stockholm sei nicht befragt worden. Die Vorposten hätten lediglich aus militärischen Gründen bis in die Nähe dieser Gegend vorgeschoben werden müssen.

Französische sozialistische Pressestimmen über den Einmarsch.

In der „Detaillé“, dem Organ von Joubert, wird das Vorgehen der französischen Regierung scharf getadelt. Millerand habe Frankreich in ein abstraktes Abenteuer hineingeführt. Bergélie verurteilt die Presse, die schlimmen Dinge zu erzählen, um eine solche Ungeschicklichkeit zu entschuldigen. Die brutale Tatsache sei die, daß die schwarzen Truppen im Namen des Reichs und der Zivilisation über den Rhein geschickt worden seien, und obwohl der Friede unterzeichnet wäre, hätten diese Truppen unter dem lächerlichen Vorwand, die Arbeiterbevölkerung des Ruhrgebiets vor der deutschen Soldateska zu schützen, auf eine nur zu leicht durch eine veraltete Besenwahrerkennbarkeit erragte Wunde geschlossen. Ein Maschinengetöse schelle von selbst losgegangen zu sein, Blut sei in Frankfurt geflossen, um dadurch die Rüge eines Friedens aufzuweisen, dessen Unzulänglichkeit jeden Tag mehr in die Augen springe. Ungeachtet seiner veralteten Lage könne man nur bekräftigen, daß Frankreich immer mehr und mehr in eine splendide Isolation gerate und allmählich allein die Folgen der begangenen Fehler zu tragen haben werde.

Paris, 11. April.

Maxel Cahin schreibt in „Humanité“, in dem Londoner Memorandum sei gesagt worden, daß, wenn nicht alle Nationen sich schnellstens einigten, um auf freundschaftliche Weise den Krieg zu liquidieren und eine gerechte Verteilung der Rohmaterialien vorzunehmen, die Katastrophe für die gesamte Welt bevorstehe. Die große französische Presse habe diese Sprache sehr schlecht aufgenommen. Es sei umsonst gewesen, zu wiederholen, daß man von einem ruinieren Deutschland keine Wiedergutmachungen verlangen könne, daß es also im französischen Interesse liege, sich nicht zu widersprechen, wenn man es wieder zur Arbeit bringen wolle. Die großen führenden Genies Frankreichs hätten vor diesen vernünftigen Worten die Ohren verstopft, sie hätten damals schon beschlossen gehabt, die starke Faust zu zeigen. Cahin macht sodann in etruher Weise auf die Gefahr aufmerksam, die in der Isolation Frankreichs liegt.

Die „Times“ gegen Lloyd George.

London, 11. April.

In einem sehr heftigen Leitartikel wirt die „Times“ Lloyd George vor, daß er die gefährliche Krise in den englisch-französischen Beziehungen veranlaßt habe. Gleichwohl, welche formellen Fehler das Amtieren Frankreichs habe, so seien diese Fehler immer noch gering im Vergleich zu Lloyd Georges Fehlgriff. Die einzige Garantie des Friedens in Europa sei die Solidarität von England und Frankreich.

Generalversammlung des Bezirksverbandes Berlin-Brandenburg.

Die gestrige Fortsetzung der Bezirksverbands-Generalversammlung des Bezirksverbandes Berlin-Brandenburg begann mit der Diskussion über die in der Parteitagungs-Versammlung gehaltenen Referate der Genossen Crispian und Däumig über „Die politische Lage“.

Genosse Brühl eröffnete die Versammlung. Ein Antrag, die Redezeit auf 15 Minuten festzusetzen, wird angenommen, ebenso ein Antrag, je einem Vertreter der Gewerkschaften, der Partei und der „Freiheit“-Redaktion 20 Minuten Redezeit zu gewähren und je an erster Stelle reden zu lassen.

Für die Gewerkschaften spricht der Genosse Bollmerhaus. Es sei nicht zum Wohle der Partei, wenn alle internen Streitigkeiten vor diesem Forum zum Ausdruck gelangen. (Widerpruch.) Bollmerhaus fordert die Verhandlungen mit den Kommunisten über deren Eintritt in die Zentralleitung und verbreitet sich weiter über Einzelheiten der Organisation des Generalstreiks. Die Berliner Gewerkschaften unterstützen die Forderungen des Gewerkschaftsbundes und der U.S.P. als Mittel der Revolution unserer Partei. Wenn die Referenten, die zu der Referentenversammlung am Sonnabend, den 20. März, geladen waren, mit den Resultaten der Verhandlungen beauftragt worden wären, wäre der Angriff auf die Gewerkschaften nicht erfolgt. Bollmerhaus bittet, den Gewerkschaftlern in der Partei das Bedenken nicht allzu teuer zu machen. Die Gewerkschaften als mitbestimmende Faktor aus der Partei zu drängen, würde das Gegenteil von dem zeitigen, was beabsichtigt ist. Das Telegramm, das die Betriebsräte-Zentrale nach Essen sandte, mit der Erklärung, daß in Berlin alles zum Generalstreik bereit stände, habe im Resultat nicht die mindeste Wirkung ausgeübt, da man nicht, daß weder die Partei noch die Gewerkschaften dahinterstehen. Rechner macht weitere Mitteilungen über die Angelegenheiten der Regierung über die Umwandlung der Sicherheitswehr und begegnet dabei dem lebhaften Widerspruch der Versammlung. Bollmerhaus fordert am Schluß seiner Ausführungen zur einstimmigen Wahrhaftigkeit auf. (Beifall.)

Als Vertreter der Betriebsräte-Zentrale spricht Genosse Matzahn. Er hält die Ausführungen Crispian für nicht ausreichend zur Klärung und Beurteilung der Situation. Wir müssen uns doch die Frage vorlegen: Wie kam es, daß trotz der günstigen politischen Situation die Unabhängige Partei nicht die Führung in diesem Kampfe geübt hat, sondern sich im Schutze des Gewerkschaftsbundes nehmen ließ? Es wird nicht einseitig auf der Grundlage der Reichsliste Aktionsprogramm gehandelt. Es wäre die Aufgabe der Parteileitung gewesen, sich auf die Möglichkeit einer sozialistischen Regierung einzulassen. Nach dem 18. März wurde die Partei von der Politik zurückgezogen. Er ist es gewesen, der sich für den Abschluß des Kampfes einsetzte. Rechner hat die Unabhängige Partei nur als Kampfmittel der Rechtssozialisten gegenüber benutzt, er dachte nicht im Geringsten daran, eine Regierung mit uns zu bilden. Eine sozialistische Arbeiterregierung kann man nur durchsetzen, wenn man Hauptstädter und Reichsmittel in der Hand hat. Deswegen mußte der Generalstreik weitergeführt werden. Für alle Möglichkeiten sind die revolutionären Mittel der U.S.P. bereit zu sein. Matzahn tritt den Ausführungen Bollmerhaus über den fraglichen Sonnabend in der Referentenversammlung entgegen und berichtet die Abfassung des Telegramms an den Zentralrat im Ruhrgebiet. (Beifall, Beifall.)

Genosse Differding spricht für die Redaktion der „Freiheit“. Er gibt einen historischen Rückblick auf das Werden der Sozialdemokratie. Sie war glänzend gewachsen, soweit es sich um das geistige Gebiet handelte. Ganz anders stand es mit der Praxis der deutschen Arbeiterbewegung. Das liegt in der ganzen Art der Entwicklung des deutschen Volkes, das erst seit 1871 eine selbständige politische Existenz genommen hat. Im Krieg vollends zeigte sich die deutsche Arbeiterbewegung als das, was die Praxis war, sozialdemokratisch. Erst seit dem 4. November haben wir eine revolutionäre Arbeiterbewegung, die zu führen und zu leiten Aufgabe der U.S.P. ist. Für uns war es ganz selbstverständlich, daß ein einflussreiches mit der rechtssozialistischen Partei für die Lage des Kampfes nicht gedacht werden konnte. Aber nachdem der Kampf weitergeführt wurde, konnten wir nicht mehr beiseite gehen und alles ohne und machen lassen. Am Sonnabend handelte es sich für uns nicht darum, den Generalstreik abzugeben. Die Verantwortung dieser Proge über läßt sich nicht vom Standpunkt einer Nichtung treffen, sondern von den realen Machtverhältnissen aus. Selbst wenn wir diesen Streik einige Tage weitergeführt hätten, so hätten wir ihn führen müssen gegen die Gewerkschaften, gegen die rechtssozialistische Partei. Er wäre abgebrochen, und hätte die der Arbeiterschaft das Gefühl der Niederlage hinterlassen, statt mit einem gesiegerten Machtbewußtsein zu enden. (Beifall, Beifall.) Ich hätte es für ein schweres Risiko gehalten, diese Verantwortung zu übernehmen. Erst als die Nachrichten aus dem Ruhrgebiet kamen, haben alle Instanzen die Weiterführung des Generalstreiks beschlossen. Gegenüber den weiteren Forderungen der Regierung über die Zurückführung des Militärs mußte der Generalstreik einwillig abgebrochen werden. Hätten wir dann den Generalstreik weitergeführt, so würde die gesamte Bevölkerung gegen uns gewesen die Truppenbewegungen im Ruhrgebiet wären ohne jeden Einfluß unsererseits vor sich gegangen. Das Ergebnis dieses Kampfes ist eine politische außerordentlich bedeutsame Tatsache: die Politisierung der Gewerkschaften. Diese Mobilisierung der Arbeiterschaft wird auch weiterhin im Sinne des Kampfes der Macht unserer Partei. Die Bedeutung unserer Partei ist durch diesen Kampf außerordentlich gestiegen. (Widerpruch und Beifall.)

Genosse Mausebach stellt fest, daß das Vertrauen der Arbeiterschaft in die Führung der Partei geländert ist. Die Arbeiterschaft bringe den Abmachungen mit der Regierung über die Einstellung organisierter Arbeiter in die Sicherheitswehr das größte Mißtrauen entgegen. Das größte Uebel liegt darin, daß man verhandelt hat, solange die Bewegung noch im Fluß war. Er bittet um Annahme eines Antrags, ein gemeinsames Aktionskomitee von Mitgliedern der U.S.P., der U.S.P.D. und der A.P.D. zu bilden, da die oberen Parteinstanzen nicht mehr das Vertrauen der Partei zur Führung der Aktionen besitzen.

Genosse Stahl: Ich habe die Befürchtungen erfüllt gesehen, daß das Leipziger Aktionsprogramm nicht zur Wirklichkeit geworden ist. Von Leipzig bis jetzt ist eine Rechtsabweichung der Partei eingetreten. Man hat sich nicht eingerichtet auf die Kämpfe. Die Aufgabe der Parteileitung der Gewerkschaften auf die Parteipolitik sei Dresden ist jetzt wieder am Werk. Ich bin der Meinung, daß die „Freiheit“ völlig versagt hat in diesem Kampfe. Er wickelt am Schluß seiner Ausführungen Crispian vor, daß dieser sich dauernd von Herberich in Schlepptau nehmen läßt.

Als Galt erzählt der Genosse Gertel-Braunsdewig das Wort. Er gibt eine Schilderung der Braunsdewiger Verhältnisse, wo der rechtssozialistische Minister Jaeder die Sicherheitspolizei gegen die Arbeiter führte. Die Arbeiterschaft habe sich organisiert, um Widerstand zu leisten. Man hat sie abgehalten und den Streik abgebrochen. Trotzdem kein einziger Arbeiter für Verbruch des Streiks war. Es fehlte jede Parole von Berlin. Galt schilderte das Treiben der ungewöhnlichen Reaktion in Braunsdewig und fragt das Zentralkomitee, was es dagegen zu tun gedenke. (Beifall.)

Genosse Broß verweist: Ich zunächst gegen die zwei Artikel Crispian in der „Freiheit“, die nicht entsprechen nicht der

Wahrheit. Crispian hat gefaselt über den Weg, ebenso die „Freiheit“. Nur Däumig war etwas schlauer. Aber es haben sich gegenüber nicht die Gewerkschaften und die Parteien, sondern die Regierung, sondern die rote Armee und die weiße Armee, hinter dem Ganzen steht Ludendorff. Obwohl man sich immer für den Kampf ausgiebt, wickelt er unsere beiden Heldentugenden Crispian und Stahl immer ein. Broß verbreitet sich über das Treiben der Militärkommission, die glänzend gearbeitet habe. Der große geschichtliche Roman, den dann, wo es sich entfaltet, ob die Revolution weitergetrieben werden, oder ob sie stehenbleiben sollte in den Verhandlungen. Der große Roman wurde nur im Sinne der Gegenrevolution ausgearbeitet. Broß meint, daß die Arbeiterschaft im Ruhrgebiet nur deshalb handeln konnte, weil keine intellektuellen Führer aus Berlin da waren. (Lebhafte Lachen und Zurufe.) Es ist eine Überdosis, zu behaupten, daß diese Reaktion geschlagen wäre, eine Überdosis zu behaupten, daß diese Reaktion nicht noch voll und ganz im Gange ist. Es ist ein Unbegriff, von dieser Regierung etwas zu verlangen, die ganz von den Generalen abhängig ist. Mit einem Regier will man den Kampf aufnehmen gegen Galt und Müller. Regien ist das Galt und Müller. Es ist die Taktik der Lage, des Verfalls, die die U.S.P. immer befolgt hat. Deshalb können wir das Vertrauen der Massen nicht befehlen. Am schlauesten sind für mich Däumig und Broß, weil sie scheinbare Revolutionäre sind, aber immer, wenn es zum Kampf kommt, abhauen und unterbrechen. Es gibt nur eine Rettung und Parole für die U.S.P.: heraus was dieser Verlogenheit, sonst gehen alle Mitglieder zur A.P.D. über. (Lebhafte Beifall und große Lachen.)

Genosse Leberer will sich in die Auseinandersetzungen der beteiligten Organisationen nicht einmischen, da er an den Verhandlungen nicht teilgenommen hat. Aber er gibt beiden Parteien den Rat, diese Auseinandersetzung nicht heimlich zu führen. Nicht das, was geschieht ist, sondern das, was zu tun ist, muß uns beschäftigen. Mit der Einigung zum Kampf ist ein Anfang gemacht worden. (Beifall.) Dieser richtige Weg, daß man nur im Kampf zusammenkommt, ist ein wertvolles Ergebnis des Kampfes. Nicht das Entscheidende sind die Verhandlungen der Parteien, sondern der Wille zur Einigung ist aus der Arbeiterschaft gekommen. Die Arbeiter haben gemeinsam gekämpft, das zeigt sich nicht aus. Warum der denn Regien diese Politik getrieben? Weil er nicht anders konnte, weil ihn die Massen hinweggeschwemmt hätten. (Widerpruch Galt.) Der Streik konnte nicht unabweisbar fortgesetzt werden. Im die Kampfsituation der Arbeiter auch für die Zukunft aufrecht zu erhalten, konnte man jetzt die Front nicht gebrochen. In diesem Augenblicke haben wir noch nicht die Masse hinter uns in dem Kampf. Leberer setzt sich sehr heftig mit den Ausführungen Galt und Müller auseinander und es kommt dabei zu förmlicher Erregung und getimelter Unterbrechung der Versammlung. Leberer weiß an Hand der Berichte der Genossen aus dem Ruhrgebiet noch, wie dort die Arbeiter die Möglichkeit der Waffennutzung benutzt haben. Wir haben einfach nicht die Macht dazu. Die Macht, die der Arbeiterschaft zu Gebote steht, ist der Generalstreik. Das will die gesamte Arbeiterschaft, auch die Gewerkschaften in den politischen Generalstreik mitgehen haben, das ist der große Erfolg dieses Kampfes. Ich hätte mit nie trübsamer lösen, daß ich die Massen Mobilisierung und Däumig verteidigen muß. Die Forderung nach einer sozialistischen Arbeiterregierung war ein Gebot der politischen Konwendigkeit für eine Partei, die ernst genommen sein will. Leberer mahnt zur Einhaltung aller Beschlüsse, da nur so Aktionen erfolgreich durchgeführt werden können. (Beifall, Beifall.)

Genosse Reichel: Ich verleihe, wenn Unzufriedenheit unter den Parteigenossen entstanden ist. Man hat eine Schlacht geschlagen und glaubt, man hätte bei längerem Durchhalten mehr erreichen können. Es gibt unter den Kritikern solche, die sich die Begründung ihrer Kritik sehr leicht machen und auf die Sengen kimpfen. In dieser Art von Kritikern gehört der Genosse Broß. Die Führer werden solange kommen sein, bis Broß abhört ist. (Beifall.) Solange man so arbeitet, verliert man sich die Wege zur sachlichen Klärung der Situation. Broß appelliert mit seinem Vorwurf gegen die „Intellektuellen“ an die niedrigen Instanzen der Massen. (Lebhafte Beifall.) Man verzieht, daß Berlin nicht Deutschland ist. Reichel schildert die Erfahrungen aus der Provinz, wo man keine Worte, sondern höchstens ein oder zwei Tage Streiks und außerdem von Anfang an meist im engen Einvernehmen mit den Rechtssozialisten stand. Es waren keine organisatorischen Voraussetzungen für die Durchführung des Generalstreiks vorhanden. Es wäre wichtiger gewesen, sich innerlich und organisatorisch auf den Generalstreik vorzubereiten, statt nur von ihm und der Diktatur des Proletariats zu reden. Das das nicht geschehen ist, liegt nicht an der Redaktion der „Freiheit“, das liegt an Ihnen selbst. Die Parteileitung hatte Recht mit der Annahme, daß eine Weiterführung des Streiks allein durch die U.S.P. keinen Erfolg, wohl aber die Gefahr der Zerstörung der Einheit des Proletariats in sich bergen hätte. Glaubt man denn, den Kampfesmut der Arbeiterschaft zu heben, wenn man immer wieder erklärt, es sei nicht erreicht? Jawohl, wir haben erreicht, daß die Mäler und Galt nicht mehr so frei schalten und wahlen können, wie vorher Bauer-Roske. Selbst nicht im Ruhrgebiet. Wir haben erreicht die ungeheure Erschlaffung des revolutionären Gedankens. Die Regierung steht unter einer gewissen Herrschaft der Arbeiter, die U.S.P. ist eine Kontrolle über Regien aus, sie kann aber nur dann wirksam ausgeübt werden, wenn die Parteimitglieder geschlossen hinter dieser Kontrolle stehen. Die sozialistische Regierung ist der Ausdruck des Machtwillens des Proletariats, ob das mit Parlament oder ohne Parlament geschieht, ist ganz nebensächlich. Was uns vordrängt, ist der Sieg des Sozialismus. Es da vorher die Diktatur des Proletariats nötig ist, aber es eine sozialistische Regierung die Diktatur vorbereitet, ist Nebenfolge. Vergessen wir nicht, was erreicht ist. Es kommt nun darauf an, aus der heißen Revolution die ganze zu machen und dazu müssen die Schwachen und Jungen aufgeklärt und auf unsere Linie vorwärts getrieben werden. (Beifall, Beifall.)

Genosse Berger: Es herrscht in der U.S.P. in Berlin eine große Erbitterung über das, was geschieht. Diese Politik ist auf das engste verknüpft mit der „Freiheit“ und mit Galt. Das ist es, was die Erbitterung schafft. Das man das Empfinden, daß das einstimmig angenommene Aktionsprogramm in der „Freiheit“ restlos vertreten wird, hat man je gehört, daß in der „Freiheit“ aber Mißtrauen geschrieben wird? Man treibt hier die Politik des Lohndruckens. Der Kampf gegen die „Freiheit“ ist immer heftig geführt worden. Das Schlimme ist, was nicht in Einklang, was verschwiegen wird. Wir durften unter die Unbreitbare Resolution nicht unsere Unterwürigkeit setzen, da wir durch der Regierung das Vertrauen auszusprechen, daß sie die Macht habe, die Forderungen durchzusetzen. In der Arbeiterschaft herrscht das Gefühl, daß wir keinen Sieg erringen haben, weil die Parteileitung der Partei Regien gefolgt ist, wodurch die Arbeiter wieder zurückgeworfen. Der bisherige Kurs war falsch. Rechner bittet ebenfalls Crispian, sich nicht in das Schlepptau der „Freiheit“-Redaktion nehmen zu lassen und spricht für Annahme des Aktionsprogramms gegen die „Freiheit“.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird abgelehnt. Genosse Weismann legt dar, daß die „Freiheit“-Redaktion die Aufnahme eines Artikels der Zentrale der Betriebsräte zur Sammlung für die Copex im Ruhrgebiet abgelehnt habe. Er stellt

in Werke, daß er die Redaktion persönlich treffen wolle. Zur Sache selbst sagt er, das Berliner Proletariat hat immer mehr und mehr erkannt, daß die Arbeiter-Zentrale die einzig richtige ist, daß sich die Arbeiter immer wieder hinter und stellen. Dadurch, erregen wie das Mißfallen der Gewerkschaften und der Partei Bollmerhaus drängt man die Mitglieder der Betriebsräte-Zentrale Bollmerhaus Darstellungen über die Referentenversammlung sind nicht richtig, ebenfalls die des Genossen Differding. Rechner macht den Vorwurf, daß man den Streik ohne Einvernehmen mit der Zentralleitung abgebrochen habe und greift ebenfalls die „Freiheit“ heftig an.

Genosse Barth: Die ganze Situation war geradezu katastrophal. So lange es in der Arbeiterbewegung 300 Zentralkomitees gibt, so lange sich jeder als Führer berufen glaubt, so lange sind wir zum Untergang verurteilt. Was wir schaffen, ist eine einseitige Zentralkomitee, sonst kann es nicht vorwärtsgehen. Die Verhandlungen vom Karfreitag und von heute haben keinen erhebenden Eindruck gemacht. Taten müssen entscheiden, nicht Worte. Für best die Partei alle zusammen in den Dreck geworfen, weil ihr vorher nichts gemacht habe. Das einzig Vernünftige bei dem Streik war, daß er abgebrochen wurde. Soll der Generalstreik die Einigung zum Kampfe sein, dann kann er nur ein Erfolg sein, wenn der betonte Kampf bolschewistisch. (Beifall, Beifall.) Der Generalstreik durfte am 18. März gar nicht erklärt werden. Es müßte gezeigt werden, daß auf den Ober- und Rote-Rat niemand sein. Nicht nur streiken mußte man, sondern handeln. Dann wäre das revolutionäre Proletariat Proletariat und Arbeiterin des Generalstreiks gewesen. Das A und O dieser Bewegung ist die Stärke der illegalen Organisation, ohne diese kann sich jede revolutionäre Organisation begraben lassen. Es war ein gewisses großes Bedauern am Berliner und deutschen Proletariat, welche Leitung hier in Berlin gewesen ist. Wo waren denn die Informationsstellen? Wie haben kein Recht zur Kritik, sie sind alle zu kritisieren. (Beifall.)

Wegen der vorgeschrittenen Zeit wurde die Diskussion vertagt.

Gewerkschaftliches.

Die Lohnbewegung der Straßenbahner.

In den Tarifverhandlungen, die am Sonnabend stattgefunden haben, wurde zwischen Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeiter folgende freie Vereinbarung getroffen: Die Parteien kommen überein, die Tariffrage der Bahner ab 1. April 1921 einem Schlichtungsausschuss anzuvertrauen, das provisorisch aus drei Arbeitgebern, drei Arbeitnehmern und einer vom Reichsarbeitsministerium zu bestellenden unparteiischen Schlichtungskommission von drei Mitgliedern gebildet wird. Es wird an alle unter Tarifvertrag 1 und 2 fallenden Arbeitnehmer über 18 Jahre, die heute unabhängig im Verkehr stehen, ein Gehalt von 500 Mark festgesetzt. Dieser Tarifvertrag wird wie folgt berechnet: 125 Mark auf die Bezüge für Nord, 125 Mark auf die Bezüge für Süd, 80 Mark auf die Bezüge für Ost. Die Klärung erfolgt nach Neuverhandlung der Bezüge durch den eben genannten Schlichtungsausschuss.

Generalversammlung der Handelskassensarbeiter.

Eine überfüllte Mitgliederversammlung der Section I des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes nahm am Sonnabend die Neuwahlen der Section von Wollter als bekannt, daß Wollter nicht mehr kandidiert, da er infolge eines schweren Herzleidens seinen Posten nicht mehr ausfüllen könne. Die Neuwahlen ergaben: 1. Schlichter Schacht, 2. Schlichter Wollter, 3. Schlichter Wollter, 4. Schlichter Wollter.

Wollter teilte noch mit, daß die Section I 20.000 Mitglieder umfasse und daß durch tarifliche Regelung es gelänge sei, die Löhne der Handelskassensarbeiter aus dem bisherigen Stand zu heben. Im Hinblick auf die Höhe der Löhne der Handelskassensarbeiter-Konferenz. In dem Mittelpunkt der Konferenz stand der Reichstagsrat, der in Kürze zum Beschluß gelangen soll. Der Reichstagsrat, der weitgehende Forderungen in sozialer und wirtschaftlicher Richtung fordert, soll für das ganze Deutsche Reich Geltung haben. Er enthält u. a. Forderungen nach Betriebsrätegesetz und Bestimmungen über den Organisationszwang.

In der Diskussion erwähnte Schacht eine Vorlesung, welche mit den Arbeitgebern für das Handelskassensarbeiter-Verband hat, die aber leider zu keinem Resultat führte, da die Arbeitgeber es ablehnten, auf Grund eines vorläufigen Einverständnisses, der einseitig das gesamte Handelskassensarbeiter-Verband zu verhandeln. Die Lederwirtschaft hat nun auf die Forderungen erklärt, daß sie grundsätzlich nicht verhandelt, solange die Arbeiter auf den geordneten Lohnsatz (sonst würden für Arbeiter über 18 Jahre 500 M. pro Woche) besteht. Er empfahl der Versammlung eine Resolution zu Annahme, in der dem Reichstagsrat genannt wird von dieser Stellungnahme der Arbeitgeber der Lederwirtschaft, die um so empfindlicher sei, als gerade diese Branche mit ihren unerschütterten Preissteigerungen den höchsten Lohn habe, die Lebenshaltung der Arbeiterschaft bei ihrer heutigen Entlohnung in unverantwortlicher Weise zu verschlechtern. Sollten diesem Verhältnisse noch weitere Verschlechterungen folgen, so erklären sich die Versammelten bereit, unerschütterlich die gesamte Handelskassensarbeiter-Verband zum sozialistischen Kampfe gegen das Unternehmertum anzuschließen. Das dahin fordern sie von ihren Vertretern, unter allen Umständen an den eingetragenen Forderungen festzuhalten.

Nachdem noch weitere Diskussionsredner sich als Gegner der Arbeitgemeinschaft erklärt hatten, wurde die Resolution einstimmig angenommen.

Achtung, Metallarbeiter! Der Kassationsrat und die Zusammenkunft der Kollegen, welche sich als Vorkämpfer oder in Vertretung befinden, findet am Montag, den 19. April, 6 Uhr, im Gewerkschaftshaus statt. Freitag, den 18. April, 5 Uhr, Vertrauensmännerkonferenz im Gewerkschaftshaus. Die Branchenkommission.

Groß-Berlin.

Achtung Staatsbeamte! Für die bereits in der Sonntag-Nummer angeführten Agitations-Versammlungen sind die Genossen Däumig, Düvel, Wild, Hoffmann, Roenen, Dr. Kurt Rosenfeld, Jäger, Louise Rief für das Thema, „Die Staatsbeamten und der Sozialismus“ als Referenten gewonnen.

Ein Bittkammer wegen Hausmordes gesucht. Der 21 Jahre alte Unteroffizier Fritz Odyor, der einer Balkanarmee aus der Kaserne entwichen, wobei er bei einer Frau eine „Beschuldigung“ von 44.000 M. bezog, sucht zu sich und erklärt die Frau selbst für verhaftet. Er behauptet, mit ihr zum nächsten Gericht zu gehen. Antragstellung an einer anderen Stelle, die er dann die Frau ins Wasser, so daß sie ertrank. Der Bittkammer flüchtete sodann mit seiner Waise und ließ sich auch bei seiner Truppe nicht wieder sehen. Es wird angenommen, daß er nach Berlin gekommen ist und sich hier verbergen hält. Der Richter, auf den auch die höchste Kriminalpolizei schaut, hat kurzgeordnet Post und ein verheerendes, aufstrebendes Kindersgefiel.

Bittkammer-Ordnung. Donnerstag, den 22. April, abends 7 1/2 Uhr, Neue Welt, Richard Wagner-Abend zum Behn der Bühnenkommission des Bühnen-Ordnung, Dr. Kurt Rosenfeld, Paul Schilling.

